

## Queen läutet Wechsel an der Spitze ein

Großbritannien hat zum vierten Mal in sechs Jahren eine neue Regierungschefin. Liz Truss übernimmt von Boris Johnson.

Balmoral. Liz Truss ist neue Premierministerin des Vereinigten Königreichs. Die bisherige Außenministerin wurde am Dienstag von Queen Elizabeth II. auf Schloss Balmoral in Schottland zur Nachfolgerin von Boris Johnson ernannt. Johnson war zuvor ebenfalls auf Schloss Balmoral von der Queen formell aus dem Amt entlassen worden. Johnson nahm am Morgen mit einer Rede Abschied von der Nation. Seiner Nachfolgerin sagte er dabei »nichts als energische Unterstützung« zu. Doch politische Beobachter schließen nicht aus, dass Johnson bereits seine Rückkehr an die Regierungsspitze plant.

### Kurz notiert

#### Medien: EU plant Freiheitsgesetz

Brüssel. Medien in der Europäischen Union sollen nach dem Willen der EU-Kommission künftig besser vor Versuchen der Einflussnahme geschützt werden. Die Kommission werde in der kommenden Woche den Entwurf für ein Medienfreiheitsgesetz vorlegen, sagte Vizepräsidentin Vera Jourova am Dienstagabend in Brüssel zum Start des European Newsroom – einem Kooperationsprojekt europäischer Nachrichtenagenturen.

#### Erdogan droht Griechenland erneut

Istanbul. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (Bild) hat dem Nachbarn Griechenland erneut scharf gedroht. »Wir können plötz-



lich eines Nachts kommen«, sagte Erdogan am Dienstag vor einer dreitägigen Balkanreise. Bereits am Samstag hatte Erdogan Griechenland die Besetzung von Inseln vorgeworfen und eine offene Drohung ausgesprochen.

#### Bundeswehr nimmt Mali-Einsatz auf

Berlin. Die im westafrikanischen Mali eingesetzten Blauhelmsoldaten der Bundeswehr nehmen ihre wegen Unstimmigkeiten mit der Militärregierung ausgesetzte Aufklärungsmission nun wieder auf. Der »operative Beitrag« für die UN-Mission Minusma werde am Dienstag fortgesetzt, sagte ein Sprecher des Einsatzführungskommandos.

#### Maskenpflicht: Ende in Zügen gefordert

Berlin. Die Lufthansa hat Pläne der Ampel-Koalition für ein vorläufiges Ende der Corona-Maskenpflicht in Flugzeugen zum Herbst begrüßt. Die Maskenpflicht gerät nun auch beim Zugverkehr in die Diskussion. Der Wegfall müsse für alle anderen öffentlichen Verkehrsmittel auch gelten, teilte der Lobbyverband Allianz pro Schiene mit.

### Leitartikel

# Staat kann nicht alle Härten abfedern

Die Stimmung ist schlecht im Land – und das ist so ganz und gar nicht verwunderlich. Die Corona-Krise wird von der Energiekrise überlappt und trotz der Entlastungsankündigungen des Bundes am Wochenende gibt es keine Aussicht auf Besserung. Im Gegenteil: Der Eindruck, dass sich immer neue Probleme auftun, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt bei den Menschen im Land für ein historisches Stimmungstief.

Dazu kommen alte ungelöste Fragen, die im Lichte der aktuellen Energiekrise noch stärker drücken, wie sich in einer Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen zeigt. Das eigene Zuhause, bezahlbarer Wohnraum, halten immer noch die meisten Menschen für das drängendste

Problem in diesem Land. Das ist kein Wunder, dürfte doch in der Angst um die eigenen vier Wände in einem nicht geringen Maße die Sorge um steigende Energiekosten mit-schwingen.

Und die Energiekrise trifft Eigentümer und Mieter gleichermaßen. Wer daran etwas ändern will, dem stehen Hindernisse im Weg, die bereits vor der aktuellen Lage da waren oder sich verschärft haben. Mieter haben vor allem in Ballungszentren kaum Auswahl, was ihren Wohnraum angeht – dabei noch eine kosten- und klimafreundliche Heizung zu berücksichtigen, ist in vielen Städten ein Ding der Unmöglichkeit. Und Eigentümer, die ihre Immobilie noch nicht auf den neuesten Stand gebracht haben, scheitern mo-

mentan an Material- und Fachkräftemangel.

Wer hier allerdings zu große Hoffnungen in die Landesregierung setzt, dürfte bitter enttäuscht werden. Deren Spielräume sind ausgerechnet beim Thema Wohnen begrenzt. Um zu signalisieren, dass das Thema trotz der Hilflosigkeit erkannt wurde, hat der Ministerpräsident einen Strategiedialog ins Leben gerufen. Doch Reden zu schwingen wird die Probleme der Menschen nicht lösen.

Geradezu zynisch mag es da dem ein oder anderen vorkommen, wenn der Ministerpräsident sich in Interviews nicht scheut, den Mitbürgern Tipps zur Körperpflege mit Waschlappen anheim zu stellen, um Energie zu sparen, die ein bundesweites Kopfschüt-

tel hervorrufen. Zu Recht: Viele der Energiespartipps von Politikern zeigen, wie weit weg sie vom alltäglichen Leben der Menschen sind, die vieles davon längst beherzigen.

Dabei ist der Ruf zur Eigenverantwortung beim Energiesparen nicht ganz falsch. Denn noch etwas zeigt sich in der

### Leitartikel

Von Annika Grah



aktuellen Umfrage. Nach zweieinhalb Corona-Jahren und im Lichte des dritten Entlastungspakets, ist die Hoffnung auf Hilfe vom Staat eine gefährliche Gewohnheit geworden.

Das wird deutlich in der Einschätzung zur finanziellen Lage des Landes. Zwar hält nur knapp jeder Dritte die Finanzpolitik des Landes für solide, gleichzeitig glaubt mehr als die Hälfte, dass neue Schulden unumgänglich sind. In dieser Widersprüchlichkeit schwingt auch der diffuse Wunsch mit, der Staat werde es am Ende irgendwie schon richten. Dieser kann nur enttäuscht werden.

Landesfinanzminister Danyal Bayaz plant ohne neue Schulden. Doch auch wenn er das nach der Steuerschätzung im November möglicherweise nicht mehr halten kann, stehen die Vorzeichen schlecht, dass sich an der allgemeinen Kassenlage etwas ändern wird. Alle Härten wird der Staat nicht abfedern können.

# Scholz stützt Habecks Atom-Pläne

Energie | Streit um Kraftwerke entfacht / FDP ist der Ansicht, dass die drei Meiler am Netz bleiben sollen

Die Liberalen pochen darauf, dass die verbliebenen Kraftwerke über den Jahreswechsel hinaus Strom produzieren. Bundeswirtschaftsminister Habeck möchte das Ende besiegeln und zwei Meiler vorübergehend betriebsbereit halten.

Von Thorsten Knuf

Berlin. Der Plan von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), zwei Atomkraftwerke für wenige Monate in eine Art Kaltreserve zu überführen und den dritten verbliebenen Meiler wie vorgesehen Ende 2022 ganz abzuschalten, wird zur Belastungsprobe für die Ampelkoalition. Kanzler Olaf Scholz (SPD) stellte sich hinter Habecks Vorschlag. Die FDP hingegen machte am Dienstag abermals deutlich, dass sie angesichts der Energiekrise in Europa einen vorübergehenden Weiterbetrieb aller drei Kraftwerke für unverzichtbar hält.

»Grundsätzlich bleibt es beim Ausstieg aus der Atomenergie«, sagte Scholz der »FAZ«. Für den Winter werde aber ermöglicht, dass die Kraftwerke Neckarwestheim (Baden-Württemberg) und Isar 2 (Bayern) bis ins nächste Jahr hinein laufen können, »damit wir auf jeden Fall ausreichend Strom zur Verfö-



Im Atomkraftwerk Emsland in Niedersachsen soll Ende 2022 definitiv Schluss sein mit der Stromproduktion. Foto: Gentsch

gung haben«. Es sei völlig legitim, dass die FDP etwas anders auf die Atomkraft blicke. »Jetzt geht es um die Energieversorgung im kommenden Winter, da wird die Regierung sehr einvernehmlich handeln.«

Der FDP ist der Ansicht, dass für Versorgungssicherheit und Preisdämpfung alle drei verbliebenen Atomkraftwerke am Netz bleiben sollten. Ein Weiterbetrieb wäre auch »ein wichtiges Signal an

unsere Partner in Europa, dass wir alles tun, um Strom nicht unnötig zu verknappen«, meinte am Dienstag FDP-Klimaexperte Lukas Köhler. Parteichef Christian Lindner verlangt den Weiterbetrieb der drei Kraftwerke »bis mindestens in das Jahr 2024 hinein«.

Wie berichtet, will Wirtschaftsminister Habeck die Meiler Neckarwestheim und Isar 2 zum Jahresende vom Netz nehmen und bis Mitte

April 2023 in eine »Einsatzreserve« überführen. Falls zur Stabilisierung der Netze zusätzliche Strommengen benötigt werden, sollen die Anlagen binnen etwa einer Woche wieder hochgefahren werden. Im dritten noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerk Emsland (Niedersachsen) soll Ende 2022 definitiv Schluss sein mit der Stromproduktion, bei den beiden anderen viereinhalb Monate später. Am Atomausstieg werde

nicht gerüttelt, hatte Habeck am Montagabend bei der Präsentation eines »Stresstests« der vier Übertragungsnetzbetreiber gesagt.

### Europas Strommarkt in schweren Turbulenzen

Europas Strommarkt befindet sich derzeit in schweren Turbulenzen. Das hat mit der Verknappung von Erdgas im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu tun. Außerdem produziert in Frankreich derzeit nur die Hälfte der dortigen Atomkraftwerke Strom. Wegen niedriger Wasserstände bei zahlreichen Flüssen in Europa ist es schwieriger geworden, Kohlekraftwerke mit Nachschub zu versorgen.

Regierungschef Scholz steht jetzt vor der Aufgabe, die Meinungsverschiedenheiten in der Koalition intern zu klären oder zumindest so weit herunterzudimmen, dass sie das Arbeitsklima nicht weiter belasten. Am 9. Oktober wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. In der Woche darauf treffen sich die Grünen zu einem Bundesparteitag in Bonn. Hier ist ebenfalls mit Debatten über den Habeck-Vorschlag zu rechnen. Scholz wird an diesem Mittwoch im Bundestag im Rahmen der Haushaltsdebatte das Wort ergreifen. In seiner Rede dürfte auch die Lage auf den Energiemärkten eine Rolle spielen.

### Die Karikatur



Grüner Scherbenhaufen

Karikatur: Tomicek

# Kampf gegen steigende Preise

Finanzen | Haushaltsentwurf sieht weniger Ausgaben vor

Von Carsten Hoffmann

Berlin. Bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr hat das Bundesfinanzministerium bekräftigt, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse müsse wieder eingehalten werden. Die Inflation und ihre Folgen seien größtes aktuelles Problem in Deutschland, sagte Finanzstaatssekretär Florian Toncar am Dienstag im Parlament. »Wir erleben explodierende Energiepreise und in Deutschland eine Inflation im August von 7,9 Prozent bei gleichzei-

tig stark zurückgehendem Wirtschaftswachstum«, sagte Toncar.

Kritik kam von der Opposition. Der CSU-Haushaltspolitiker Sebastian Brehm sprach von einer »Mogelpackung und warf der Bundesregierung vor: »Sie legen einen Haushalt vor, der von Anfang an nicht stimmt.« In der Haushaltswoche werden bis Freitag die Etats der einzelnen Ministerien diskutiert. Der Etat sieht Ausgaben von 445,2 Milliarden Euro vor – deutlich weniger als in den vergangenen Jahren, als die Haushalte noch stärker von Wirtschafts-

hilfen in der Corona-Pandemie geprägt waren.

Die Ausgaben für Investitionen bleiben mit mehr als 50 Milliarden auf vergleichsweise hohem Niveau. Größter Block ist der Verkehr. Mehr Mittel eingeplant sind für das Elterngeld, sozialen Wohnungsbau, Bafög, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Wichtige Investitionen für Klimaschutz, etwa die Förderung der erneuerbaren Energien, der Aufbau einer Ladeinfrastruktur und die Dekarbonisierung der Industrie, werden aus einem Sondervermögen gestemmt.